

**Diskussion im Anschluss an Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamers Vortrag**  
***Streit um Hindenburg. Symbolkämpfe um die Umbenennung von Straßen***  
**(08.01.2014)**

**Frage bzw. Bemerkung 1:**

*Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bin Naturwissenschaftler und Sie sind mir hinsichtlich der historischen Detailkenntnis voraus. Sie haben mehrfach betont, dass mit der Nennung des Namens auf einem Straßenschild eine Ehrung stattfindet. Ein Wort, was dann daneben liegt und was im Grundgesetz in §1 geführt worden ist, haben Sie nie erwähnt, nämlich die Würde. Die Würde eines Menschen ist unantastbar. Wenn ich jemanden entehre, indem ich den Straßennamen tilge und etwas leichtfertig dabei bin, dann entwürdigte ich ihn auch. Und der Aspekt ist hier nie angesprochen worden. Können Sie mal so nett sein und das Bild bringen, wo Hindenburg dem Hitler die Hand reicht oder das, wo die Volkshochschule drauf war. Da ist mir etwas aufgefallen, was wahrscheinlich von den meisten gar nicht richtig gesehen worden ist. Gucken Sie bitte mal das Hindenburg-Bild an, Sie haben ihn ja zu charakterisieren versucht, ganz unten rechts sehen Sie ein achtspitziges Kreuz. Das sind traditionsgemäß die Achtseligpreisungen, getragen von Rittern des Johanniter-Ordens oder Malteser-Ordens – eine Gruppe ist evangelisch, die andere ist katholisch. Das war ein konservativer, aber sehr strenggläubiger und in keiner Weise irgendwie verbrecherisch anzudeutender Orden. Unter Hitler wurde der Orden gar verboten. Also wenn Hindenburg einem Orden angehört hat, der später verboten wurde, kann er wohl nicht so hitlerprogressiv gewesen sein. Sie sagten selbst, er sah zunächst für seine Zwecke keine Partei, auf die er hätte zugreifen können und die NSDAP war – aus der Sicht von damals wohl gemerkt, nicht von heute – wahrscheinlich die einzige, wo er etwas an Konservativismus weitertragen konnte. Ob er sich da nun geirrt hat, ob das so absichtlich war, das kann ich nicht beurteilen, da sind Sie mehr Fachmann als ich. Aber wir sollten darauf achten, dass wir nicht aus der heutigen Sicht irgendwelche Reflexionen von alten Herren so bewerten können, dass wir sie entwürdigen vor diesem Hintergrund entehren.*

**Hans-Ulrich Thamer (im Folgenden: HT):**

Also lassen Sie mich zunächst etwas zu der Thematik der Entwürdigung sagen. Ihre Überlegungen treffen nach meiner Meinung nicht den Tatbestand, um den es hier geht. Ich wäre der letzte, der diesen Artikel des Grundgesetzes oder die 200 Jahre alte Tradition der Menschen-

rechtsdiskussion missachten würde. Es geht nur um die historisch-politische Rolle einer Figur, nicht um die Frage seiner Menschlichkeit oder seiner Menschenwürde. Das ist das eine. Zweitens. Ich habe deutlich gemacht, dass ich bei solchen historischen Beurteilungen oder Empfehlungen nicht aus der Perspektive meines heutigen Wissens als Historiker oder einer aktuellen politischen Positionnahme argumentiere. Ich habe mich vielmehr auf unser fachwissenschaftliches Konzept der Historisierung gestützt, das schon Altmeister Ranke gelehrt hat, dass ich nämlich einen historischen Vorgang oder eine Entscheidung einer historischen Person nur aus der jeweiligen historischen Situation, aus dem, was die Akteure und Zeitgenossen damals wissen konnte, beurteilen kann. Schon allein das bedeutet eine Anerkennung von Menschenwürde. Denn auch wir möchten ja eines Tages, dass wir von anderen zunächst nach dem beurteilt werden, was wir nach bestem Wissen und Gewissen in unserer eigenen Welt wahrgenommen und wie wir dementsprechend gehandelt haben. Nun kommt bei der Beurteilung einer politisch verantwortlichen historischen Person noch ein weiterer Aspekt hinzu, nämlich der des rechtlich-institutionellen Rahmens und des Wertesystems der Zeit des Handelnden und das hat nichts mit Konservatismus zu tun. Es geht vielmehr um die Anerkennung einer demokratisch legitimierten Verfassungsordnung und des damit verbundenen Wertesystems der Grundrechte, das besonders für politische Verantwortliche, die sogar einen Eid auf diese Ordnung geleistet haben, verbindlich sein sollte. Daran müssen auch die verschiedenen konservativen Gruppen und Personen am Ende der Weimarer Republik gemessen werden, die zwar dem Gedanken des Rechtsstaates verpflichtet waren, aber nur bedingt den übrigen pluralistisch-demokratischen Normen der Verfassung, und die teilweise auf eine Änderung dieser Ordnung hinarbeiteten. Ihr Repräsentant war Hindenburg, der auf eine autoritäre Ordnung hinarbeitete und im Bündnis mit Hitler die Chance zu einer entsprechenden Revision der Verfassung sah, ohne dass er eine faschistisch-totalitäre Ordnung anstrebte. Diese Ambivalenz ist das eigentliche Problem im Falle Hindenburgs und der Beurteilung seiner historischen Verantwortung. Wir haben hier sogar den Extremfall, dass jemand als Reichspräsident zweimal den Eid auf die Verfassung geleistet hat, in der die Anerkennung von Menschenrechten ausdrücklich genannt wird. Auch wenn in der Weimarer Republik die Menschen- und Grundrechte nicht wie heutzutage am Beginn der Verfassung, sondern erst am Ende standen. Ich kann als Historiker nachweisen, dass Hindenburg diese Rechte der Weimarer Verfassung Schritt für Schritt außer Kraft gesetzt hat – vor allem in der Missachtung von politisch Andersdenkenden, denen er, wie es seine Pflicht gewesen wäre, keinen politischen Schutz gewährt hat. Er taugt darum nach meinem Urteil kaum als politisches Vorbild oder als Person einer Ehrung. In der aktuellen geschichtspolitischen Diskussion um Hindenburg kommt es in

diesem Zusammenhang übrigens zu der absurden Situation, dass eine Bürgerinitiative, die für die Ehrenrettung einer Figur streitet, die erwiesenermaßen wenig von Pluralismus und Demokratie gehalten hat, ausgerechnet mit der Berufung auf demokratische Verfassungsgrundsätze bis hin zum Volks- oder Bürgerentscheid argumentiert und operiert. Abschließend möchte ich noch einmal verdeutlichen: Die Entscheidung, ob ein Straßename beibehalten wird oder nicht, ist keine Entscheidung der Geschichtswissenschaften. Die Geschichtswissenschaft liefert das Material für eine geschichtspolitische Diskussion. Bei der aktuellen Debatte geht es um die historische Bewertung der Rolle national-autoritärer Kräfte im Prozess der Auflösung und Zerstörung der Weimarer Demokratie und um die Frage, wo wir die Trennlinie ziehen sollen zwischen den eindeutig nationalsozialistischen Akteuren und den nationalkonservativen, autoritären Bündnispartnern, die zu Steigbügelhaltern der Diktatur wurden. Es geht also nicht nur um die Großtäter Hitler, Göring, Goebbels und Himmler, über deren historische Verantwortung das Urteil schon längst gesprochen wurde und die auf keinem Straßenschild mehr auftauchen. Es geht um die konservativen Machtgruppen vor allem aus Militär und Bürokratie, die direkt oder indirekt die Entstehung der NS-Diktatur begünstigt oder unterstützt haben, die sich bei aller sozialen Distanz zu der plebejischen Massenbewegung Hitlers sich zunehmend auf die Seite der Verfassungszerstörer begeben haben, auch wenn sie dabei in einer verhängnisvollen Fehleinschätzung meinten, sie könnten die NS-Bewegung für ihre Zwecke einsetzen. Seit mehr als dreißig Jahren sehen wir ihre historische Rolle und Verantwortung schärfer als das in der unmittelbaren Nachkriegszeit üblich war. Darum fällt es schwer, ausgerechnet deren führenden Repräsentanten auch heute zu einem historischen Vorbild zu erklären, was wir mit einem Straßennamen aber tun. Darum kann ich nicht sagen, es ginge dabei um die Menschenwürde. Es geht um die politische Reputation der Personen aus heutiger wissenschaftlicher Sicht, aber auch aus der Perspektive der damaligen Verfassungsordnung, denn die Grundwerte der Verfassung, die wir heute haben, galten auch in der Weimarer Republik. Eine vergleichbare Bewertung fällt sehr viel schwieriger, wenn ich mich z.B. mit Personen aus dem 18. Jahrhundert beschäftige. Die kann ich nicht unbedingt für solche Grund- und Menschenrechte in Anspruch nehmen, weil es die damals nicht gab. Aber wenn es eine Verfassungsordnung gibt – und die gab es seit 1919 –, muss sich auch der gewählte Repräsentant daran halten. Wenn er das nicht tut, verletzt er damit – wenn Sie so wollen – seinen Eid. Hindenburg schützte einen Teil der Bürger des damaligen Deutschen Reiches nicht vor Unrecht und Gewalt. Das ist aus heutiger Sicht eine ziemliche Belastung. Wenn Sie sehen, was deutsche Gerichte bis zum Frühsommer 1933, also in der Zeit, in der Hindenburg hätte intervenieren können, bereits an Willkür und Verhaftungsmaßnahmen geleistet haben,

ist das bemerkenswert. Bis zu 14.000 Leute sind beispielsweise im Ruhrgebiet verhaftet und des Hochverrats bezichtigt worden, nur weil sie vielleicht Flugblätter verteilten oder zum Streik aufriefen. Das war überall bekannt, das war auch Hindenburg bekannt. Dies stellte eine Verletzung der ihm von der Verfassung vorgegebenen Schutzbefugnis gegenüber individuellen Grund- und Persönlichkeitsrechten dar. Deswegen kann ich Ihr Argument nicht anerkennen. Das einzig eventuell entlastende Argument habe ich bereits vorhin angesprochen: Wenn jemand, der solch eine Schuld auf sich geladen hat, und das gilt auch für Hochschullehrer, die 1933/34 das Unrecht öffentlich rechtfertigten, drei oder vier Jahre später oder auch nach 1945, durch Wort und Handlung zu erkennen geben, dass sie seinerzeit falsch und unrechtmäßig gehandelt haben, dann würde ich sagen: In Ordnung – solchen Fehleinschätzungen kann jeder unterliegen. Wenn dies aber nach dem Krieg und auch Jahrzehnte später nicht getan wurde, dann sollte ich die Person nicht auch noch die Ehrung mit einem Straßennamen gewähren. Ich ziehe ihn ja nicht vor Gericht, das wäre sowieso absurd. Aber es gibt eine historisch-politische Urteilsbildung und die ist auf die angesprochenen Dinge bezogen.

### **Frage bzw. Bemerkung 2:**

*Ich möchte mich sehr herzlich für diesen Vortrag bedanken. Mein Name ist A. und ich finde, der Kern Ihrer Gedankenfolge ist die Frage: Warum haben wir ehrende Straßennamen? Es geht um Zukunftsfähigkeit und Traditionsbildung. Das gilt ja auch für Namen von Schulen, von Universitäten. So weiß ich etwa, dass es einen großen Streit um Ernst-Moritz Arndt gab und die Frage, ob er weiterhin ein zukunftssträchtiger Name für eine Universität sein sollte. Das ist – wie ich finde – der Schlüssel: Die ehrenden Straßennamen müssen für künftige Generationen von Relevanz sein. Die Erinnerung an die geehrte Person muss zum Beispiel eine menschenwürdige Philosophieidee würdigen. Vor diesem Hintergrund der Zukunftsdimension sollten wir ganz dynamisch mit Straßennamen umgehen.*

### **HT:**

Das muss ich eigentlich gar nicht weiter kommentieren. Es gibt von Schweizer Kollegen, deren Vorschläge ja manchmal ganz hilfreich sind, da sie von teilweise anderen Erfahrungen ausgehen, den Hinweis, man müsse sich ja nicht unbedingt mit Personen der Zeitgeschichte auf den Straßenschildern schmücken. Ein Schweizer Namensgeber für Straßennamen muss mindestens 200 Jahre alt sein. Aber diese Tradition haben wir nun mal nicht, und wir haben

sie auch in Frankreich nicht, sondern wir leben in dieser kontinentaleuropäischen, von Frankreich ausgehenden Tradition.

**Frage bzw. Bemerkung 3:**

*Ich will kurz in eine andere Richtung gehen: Mir sind viele Gedanken durch den Kopf gegangen. Sie haben viele Dinge aus verschiedenen Richtungen beleuchtet. Zurzeit lese ich von Konrad Heiden Adolf Hitler: Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Ich denke, Sie kennen es. Dort wird auch vieles sehr gut beleuchtet. [...] Was ich mich frage – und Sie haben selbst bereits indirekt eine Antwort darauf gegeben –, ist, wie bekomme ich bei so einer Initiative wie sie in Münster gelaufen ist, wo es am Schluss darum geht, Mehrheiten für meine Interessen zu mobilisieren, sei es die Umbenennung oder für die andere Seite, solche Mehrheiten zusammen. Sie haben es selbst gesagt: Da spielt viel Emotionalität eine Rolle. Die Sache gerät dabei immer mehr in den Hintergrund und die Diskussionen sind nur noch darauf ausgerichtet, Mehrheiten zu bekommen. Und das war ja auch ein Thema Hitlers – nach dem Motto: Ich muss die Massen gewinnen. Ich muss die Massen gewinnen, es geht mir nur um die Massengewinnung, es geht mir nicht nur um die Sache.*

**HT:**

Diesem Vergleich würde ich natürlich nicht zustimmen. Es geht sicherlich immer um die Frage, ob oder wie politische Entscheidungen gesetzmäßig bzw. verfassungsmäßig ablaufen oder nicht. Der Satz, es müsse Transparenz durch Verfahren geben, ist ja nicht nur von einem bekannten deutschen Soziologen aufgestellt worden, sondern gehört einfach zu unserer politischen Erfahrung dazu. Dies ist in Münster mit Sicherheit nicht verletzt worden. Auf der anderen Seite haben politische Entscheidungen natürlich auch emotionale oder symbolische Dimensionen. Das wollte ich mit meinen Ausführungen nicht bestreiten. Ich wollte nur betonen, dass es sich um einen vielschichtigen, mehrere Tiefendimensionen ansprechenden Prozess handelt, den ich bei solchen Debatten einfach einkalkulieren muss und der aber am Ende nach Gesetz und Verfassungsordnung verlaufen muss. Das war jedoch 1933 und danach nicht der Fall. Natürlich haben Dinge unseres alltäglichen Lebens immer irgendwelche emotionalen Bindungen. Sonst wären wir ja ausgesprochen gefühllose Menschen. Nur wenn das politisch und rechtlich nicht kontrolliert werden kann – das ist der Unterschied zu Hitler – dann wird es schlimm.

**Frage bzw. Bemerkung 4:**

*Haben Sie nicht ein massives Plädoyer dafür abgegeben, dass wir diesen schrecklichen Zeitgeist, dem mitunter auch Ihre Kollegen aus der Nazi-Zeit verfielen, hinter uns lassen müssen? Viele der damaligen Wissenschaftler haben sich diesem schrecklichen Zeitgeist angepasst. Was Sie zum Beispiel nicht angesprochen haben: Die massive Probleme Ostdeutschlands – Stalinstraße, Stalinallee und wie sie alle heißen oder – ich habe vorhin mal gegoogelt – sogar eine Ulrike-Meinhof-Straße. Also ich möchte – wie wahrscheinlich viele hier aus dem Kreise – möchten nicht gerne in einer Ulrike-Meinhof-Straße wohnen. Der Bürger, der von diesen ganzen schrecklichen Namen betroffen ist, wird überhaupt nicht angesprochen. Sie haben es kurz erwähnt: Die Schweizer sind so vernünftig und warten 200 Jahre. Warum lassen wir es nicht bei Blumenstraße, Lindenstraße, Wechloyer Weg oder Wilhelmshavener Heerstraße und machen [einen Bogen] um diesen schrecklichen Zeitgeist? Das ist meine Frage.*

**HT:**

Natürlich hat Schweizer Lösung etwas für sich. Ich würde allerdings sagen, das ist eher die Position „small is beautiful“. Wir können uns da nicht wegducken. Das ist schließlich ein Stück Tradition der hiesigen politischen Kultur, die mit der Französischen Revolution ihren Anfang genommen hat. Es ist natürlich meist schwierig, sehr abstrakte Vorstellungen wie etwa unser Grundgesetz oder die Menschen- und Bürgerrechte, in Bilder umzusetzen. Auch Künstler oder Schriftsteller usw. haben sich daran beteiligt. Das heißt: Wir brauchen solche Symbole etc. und mit der gesellschaftlichen Entwicklung – gerade heute im „Medienzeitalter“ – scheint dieses Bedürfnis zuzunehmen. Wir können dieses „Rad“ nicht zurückdrehen und ich glaube, es wäre absurd, das zu wollen. Wir können natürlich viele Entwicklungen und Symbole ablehnen. Dies ist eben jener Wandel, den man möglichst offen, ja viel pluralistischer gestalten muss. Das würde ich nicht als „schrecklichen Zeitgeist“ definieren. Es ist nun einmal ein Merkmal von politischer Kultur. Der Wunsch, dies alles eliminieren zu wollen, würde uns in die Nähe von politischen Systemen rücken, die Vielfalt und Pluralismus als störend empfinden. Das möchten wir ja nun alle nicht, da wir gelernt haben, dass dieser Pluralismus eine der Grunderfahrungen und eine der Bedingungen der „Erfolgsgeschichte Bundesrepublik“ gewesen ist. Vor diesem Hintergrund: Das muss man aushalten. Wahrscheinlich gäbe es auch noch ein paar einfachere Lösungen. Ich bin auch nicht der Meinung, dass man einen „Kahlschlag“ betreiben sollte, vielmehr sollte mehr oder weniger exemplarisch vorgegangen werden – und Hindenburg ist schließlich eine Figur, in dem sich das alles bündelt. Er hat bereits unsere Großeltern und Urgroßeltern in einer Art und Weise emotional berührt, dass sich

darin fast alle Probleme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts widerspiegeln. Somit muss diese Thematik ausgetragen werden – davon bin ich überzeugt. Allerdings gebe ich zu bedenken: Der Straßename ist ein ungeeigneter Ort, um solche unterschiedlichen Positionen und diskursiven Entscheidungsfindungen aufzuzeigen. Auf einem Straßenschild müssen zwangsläufig kurz und bündig Informationen übergebracht werden – und zu diesen Inhalten sollte man zumindest mehrheitlich stehen. Natürlich würde ich aber niemanden der Hindenburg-Befürworter aus Münster verurteilen – solange sie sich an die Spielregeln gehalten haben, gehört das dazu.

**Frage bzw. Bemerkung 5:**

*Mir kommt in diesem Zusammenhang der Gedanke, dass die Namensgebung von Straßen, Gebäuden usw., auch Personen bzw. Persönlichkeiten möglicherweise auf endlose Zeiten in Erinnerung gehalten werden. Dieser Gedanke assoziiert sich bei mir mit einem Zitat aus dem NDR vor etwa zehn Jahren, als ein „Franz-Schubert-Jahr“ begangen wurde und täglich eine Schubert-Sendung gesendet wurde. Dort wurde jeden Tag gesagt, „Du lebst doch nicht länger, als der letzte, der sich Deiner erinnert.“ Nun erinnern sich also alle, die in diesen Straßen wohnen und die ihnen Nachfolgenden auch noch länger, an Persönlichkeiten, die sonst wahrscheinlich längst im Orkus der Geschichte versunken wären. Das ist also auch noch ein Aspekt der Geschichte.*

**HT:**

Natürlich – allerdings können Sie sich an Schubert oder wen auch immer erinnern, ohne dass Sie dabei, um das mal überspitzt zu sagen, „rot werden“ müssen. Das ist unser Problem. Weil mit unseren Fallbeispielen auch die dunklen Seiten unserer Geschichte berührt wird, was übrigens auch für auch die Geschichte anderer Staaten gelten kann, die heftige politische Umbrüche erlebt haben. Ich habe heute zufällig eine Sendung im WDR gehört, die sich mit der Kulturhauptstadt Riga beschäftigte, der ich mich persönlich sehr verbunden fühle. Da wurde die Geschichte einer Hauptstraße Rigas angesprochen. Wenn Sie sich deren Geschichte ansehen. Da wanderte der Name der Straße von einer Person zur nächsten: Von Alexanderstraße zur Leninstraße, dann wurde sie zur Adolf-Hitler-Straße, im Anschluss erneut Leninstraße und heute heißt sie Straße der Freiheit. Diese Wandlungsprozesse gehören nun einmal zu der europäischen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts. Natürlich wäre es eine Möglichkeit, nur Dichter und Denker oder Musiker auf das Schild zu heben. Allerdings betone ich noch-

mals: Die gängigen Benennungspraktiken – also auch nach Politikern etc. – existieren hier seit 200 Jahren. Außerdem möchte ich noch kurz etwas zur Thematik „DDR“ nachtragen: Dort hat es in einzelnen Gemeinden Entwicklungen gegeben, die man nicht gutheißen kann. Doch wenn Sie heute durch Berlin gehen, beispielsweise durch das ehemalige Ost-Berlin, dann stellen Sie fest, dass Namensänderungen dort konsequent betrieben wurden. Meine Frau und ich freuen uns, dass wir in Berlin jetzt in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße wohnen. Zuvor zierte irgendein „Altkommunist“ das dortige Straßenschild. Diese historisch begründete Änderung belasteter Straßennamen ging in Berlin – am Rande gesagt – auf die Expertise meines Kollegen Heinrich August Winkler zurück. Es gab in den neuen Bundesländern schon teilweise gravierende Änderungen. Ich würde sagen, mehrheitlich hat diese symbolische Distanzierung vom Erbe der Diktatur funktioniert. Es gibt allerdings auch solche Entgleisungen oder strittige Fälle, wie den Fall Ulrike Meinhof, aber das ist ein anderes Kapitel.

**Frage 6:**

*Ich wollte nur noch etwas zu der Problematik der Mehrheiten sagen, die meine Vorrednerin ansprach. Prof. Dr. Pöppinghege sagte im Rahmen des letzten Vortrags, dass die Entscheidung in Münster erst ganz plötzlich umgekippt sei. Die Meinung sei vorher doch sehr zugunsten Hindenburgs gewesen, bevor mehrere berühmte Personen, ich weiß die Namen jetzt nicht mehr, sich gegen Hindenburg ausgesprochen und damit plötzlich einen Meinungswechsel angestoßen hätten. Haben Sie das auch so gesehen?*

**RP:**

Dass sich die Meinung in Münster geändert hat, ist wahrscheinlich zutreffend, auch wenn wir das empirisch nicht genau bestimmen können, weil es eben vor dieser Debatte keine sichere Messung gegeben hat. Aber alle Experten – ebenso wie der Oberbürgermeister – sagen, dass die Stimmung etwa zwei oder drei Wochen vor der Entscheidung gekippt sei. Das liegt aber mit Sicherheit nicht daran, dass mein Freund und Kollege Götz Alsmann als Promi aufgetreten ist. Er hat nämlich vor einigen Jahren bei der Musikhallenentscheidung genau so vehement für diese Musikhalle gestimmt und ist – wie viele andere auch – abgewatscht worden. Ihm wurde sogar der Rat gegeben, er solle doch anderswo auftreten. Entscheidender dürfte wohl ein Prozess des Nachdenkens gewesen sein, der bei vielen Bürgern eingetreten ist und der durch die spezifische Konstellation des Bürgerentscheids noch deutlicher hervortrat. Denn durch die vorangegangene und von der Bürgerinitiative bekämpften mehrheitlichen Entschei-



derung des Rates, den Namen zu ändern, war zusätzlich eine neue Entscheidungssituation entstanden: Es ging nun nicht mehr nur um eine historische Entscheidung der Münsteraner aus dem Jahre 1927, sondern um die Frage, ob man sich hier und heute nach einer breiten öffentlichen Diskussion noch einmal für Hindenburg entscheiden sollte und wie eine solche Entscheidung sich auf das Image der Stadt Münster auswirken würde. Die Identität Münsters als Stadt mit einem ausgeprägten Geschichtsbewusstsein und einer, seit dem Westfälischen Frieden proklamierten, langen Tradition der Toleranz wollte man dann doch nicht gefährden. Hier sehe ich einen wichtigen Grund für den Meinungswechsel – und nicht darin, dass Götz Alsmann sich dafür eingesetzt hat.

### **Frage bzw. Bemerkung 7:**

*Ich möchte keine Historiker- oder Universitätschelte betreiben, aber trotzdem meine ich, dass bei der Entscheidung, wer letztlich auf Straßenschildern geehrt werden soll, doch zu sehr die Akademikerbrille im Spiel war. Ich habe mal eine kleine Untersuchung, zu den großen Städten Niedersachsens betrieben, und zwar zu Personen, [die im Kampf gegen den Nationalsozialismus ihr Leben] gegeben haben und später mit einer Straße geehrt wurden. Zur Ehrung kamen hier – durch die Bank – Stauffenberg, die Geschwister Scholl oder Bonhoeffer. Das gilt für das gesamte Niedersachsen: Von Cuxhaven bis Göttingen, Norden usw. Ohne etwas Negatives über diese Personen sagen zu wollen: Keine dieser Personen hatte einen Bezug zu Niedersachsen. Nun mein Punkt: Der Hitler-Attentäter Georg Elser hatte zwar kein Hochschulstudium, aber schon frühzeitig erkannt, was Hitler für Deutschland bedeuten würde. Dieser Mann wird in ganz Norddeutschland vergessen – auch in Oldenburg. Seit 2005 setze ich mich mit Schrieben an die Stadt, an den Baudezernenten usw. dafür ein, dass dieser Mann ein Straßenschild bekommt. [...] Ich bin der Meinung, darüber sollte man mal nachdenken.*

### **HT:**

Ich kann zwar nichts zu Ihren lokalen Dingen sagen, aber zu Elser ist Folgendes festzuhalten: Sie haben natürlich recht, Elser ist lange Zeit auch in der Zeitgeschichtsforschung vergessen oder ausgeblendet worden. Das hat auch damit zu tun, dass hier das Urteil von Gerichten sehr stark meinungsbildend gewesen ist, und das gilt genauso für die *Rote Kapelle*. In der Nachkriegszeit sind bestimmte Geschichtsbilder transportiert worden, die nicht im Zuge einer kritischen Nachprüfung entstanden sind, sondern durch Gruppen vertreten, propagiert und durch-

gesetzt worden sind, die genau zu denen gehören, die sehr stark mit dem Nationalsozialismus verstrickt gewesen waren. Das lässt sich u. a. auch an den Universitäten beobachten: In Münster lag bis vor fünf Jahren eine Geschichte der Uni Münster vor, auf deren Seiten die NS-Herrschaft kaum vorkam. Zu diesem Abschnitt wurden nur Vorlesungsverzeichnisse abgedruckt. So etwas haben meine Kollegen vor 40 Jahren gemacht – das ist bemerkenswert. Das heißt letztendlich: Wir ändern unsere Wahrnehmung im Laufe der Zeit. Heutzutage gibt es eine sehr intensive Forschung, die nun auch Elser berücksichtigt – vor allem Forscher in Süddeutschland sind hier aktiv. Es gibt mittlerweile auch Theaterstücke oder Ähnliches, die sich damit beschäftigen. Es ist also ein Prozess in Gang gekommen und der verdeutlicht, dass wir natürlich alle – auch die Historiker – Gefahr laufen, uns lange Zeit von Geschichtsbildern beeinflussen zu lassen, die heutigen Erkenntnissen nicht standhalten.

#### **Frage bzw. Bemerkung 8:**

*Aber Sie sagen ja selbst: Gewisse Namen von Kasernen sind berichtigt worden. Aber Stauffenberg, der stets am 20. Juli große geehrt wird usw., hat Hitler zehn Jahre lang treu gedient – er hat „mitgemacht“. Dann darf es – z. B. in Bezug auf Elser – heute aber nicht mehr zu solch einer großen Lücke kommen.*

#### **HT:**

Zu Stauffenberg: Dessen Behandlung während der Nachkriegsgeschichte ist eine wenig rühmliche. Wenn Sie sich ansehen, welchen Anfeindungen die Familie ausgesetzt war und welche Schwierigkeiten die Bundeswehrführung lange hatte, die versucht hat, die „Stauffenbergerinnerungen“ positiv zu besetzen, dann erkennen sie die langsame Veränderung unserer historischen Wahrnehmung, auch in der umgekehrten Richtung. Die Mehrheit der Offiziere der frühen Bundeswehr bestand aus Stauffenberg-Kritikern, die ihn und Goerdeler für Verräter hielten. Es dauerte sehr lange, bis das „zurecht gerückt“ und anerkannt wurde, dass Stauffenberg zu den wenigen gehörte, die einen schwierigen Lernprozess hinter sich hatten und erst dann zum Widerstand fanden. Sie sagten, er habe zehn Jahre dem Deutschen Reich und dessen „Führer“ überzeugt gedient – das ist richtig. Ich betonte aber: Es ist unter den Bedingungen einer solchen Diktatur eine große persönliche und moralische Leistung, schließlich doch Unrecht zu erkennen und es ändern zu wollen. Diese Entschlossenheit hat nur eine sehr kleine Gruppe aufgebracht. Wir haben in Münster denselben Fall: Kardinal von Galen stand bis 1934/35 dem Regime durchaus wohlwollend gegenüber, bis er gemerkt hat, dass hier Dinge

passieren, die mit seinen Vorstellungen von Menschenwürde nicht zu vereinbaren waren. Man könnte eventuell einwenden, dass eine Person wie Galen, der letztlich unangreifbar war – zumindest solange das Regime Furcht vor seinem Einfluss haben musste –, leichter widerständig handeln konnte als ein kleiner Handwerker wie Elser. Das könnte auch für andere Angehörige der Funktionseliten gelten, deren Antiposition gegen das NS-Regime natürlich leichter fiel als jemandem wie Elser. Aber auch deren Widerstand verdient allein schon deswegen größte Achtung, weil sie eine isolierte Minderheit waren und ebenfalls sehr viel Mut und Opferbereitschaft aufbringen mussten wie das auch für Elser gilt. Ein Stauffenberg, der vor allen Dingen seit 1943 fast jeden Tag bei OKW-Besprechungen [Oberkommandos der Wehrmacht; Anm. d. Red.] dabei sein konnte, hatte natürlich andere Möglichkeiten als ein kleiner Offizier. Aber wir wissen mittlerweile, dass es auch Leutnants oder auch Gefreite gegeben hat, die lange in Vergessenheit geraten waren und die sich mitunter nach einem ebenso schwierigen Lernprozess gegen das Regime ausgesprochen und dies zum Teil mit ihrem Leben bezahlt haben. Dies hat die Bundeswehr mittlerweile sehr deutlich benannt.